

Bezugsgebühr:

Gebührlöslich 2 M., so bis 10 M.; durch  
die Post 3 M.

Die "Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich zweimal; die Zeitschriften in Dresden und der näheren Umgebung, wo die Auslieferung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochenenden, die nicht auf Sonn- oder Feiertagen folgen, in zwei Zählungsgaben Abends und Morgens zugestellt.

Sie können einzeln bestellt werden.

Die Redaktion erlässt keine Verbindlichkeit.

Berndrechenschrift:  
Kl. I Nr. 11 und Nr. 2000.

Telegramm-Adresse:  
Nachrichten Dresden.

# Dresdner Nachrichten

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15

empfiehlt in grösster Auswahl:  
Eiserne Ofen und Herde, Haus-, Küchen- und Landwirtschafts-Geräthe.

Gegründet 1856

Heinrich Niebling,

Tolkwitzerstrasse 2 Blasewitz Tolkwitzerstrasse 2

Zeitungskommissionär für Blasewitz

empfiehlt sich zur Annahme von Inseraten und Abonnements für die „Dresdner Nachrichten“.

Leupolt\* Wein- und Bier-Schlauch aus bestem Gummi, bleifrei u. säuren widerstehend, billig u. sehr haltbar. Flaschenverschluss-Schleifen und -Ringe etc.

Wettinerstr. 26 Gummi-Fabrik

Telephon 289 Reinhardt Leupolt, Dresden-A.

Haupt-Geschäftsstelle:  
Marienstr. 38.

Petzold & Auhorn A.-G.

Dresden-Plauen  
Cacao-, Chocoladen- und Confiture-Fabrik.

Probieren Sie, bitte, unsere

Fondant-Chocolade

hervorragend fein, lieblich und angenehm im Geschmack!

Bei Keuchhusten

vorzüglich bewährt: Keuchhustensaft, wohl schmeckend, hergestellt aus den frischen Blättern der Edelkastanie (Castanea vesca), à Flasche 75 Pf., aromatisches Keuchhustenpflaster, à Stück 50 Pf. Versand nach auswärts.

Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgenthal.

Winter-Lodenjoppen Pellerinmäntel Lederjoppen Lederwesten  
größte Auswahl neu eingetroffener Winterwaare und Jagdarticle bei Jos. Fiecht aus Tirol, Schlossstrasse 23, part. und 1. Etage.

Mr. 289. Spiegel: Präsident Roosevelt, Landwirtschaft 1900, Brunnenbauer Thiele, Ungerichtes Wirthschaft, Witterung: Rühl und zu Regen neigend, später austrocknend.

Freitag, 18. Oktober 1901.

Theodor Roosevelt.

Mit dem neuen Präsidenten Theodor Roosevelt ist in den Vereinigten Staaten von Nordamerika das ausgesprochene militärische Element an's Ruder gekommen, und das dies ein weiteres entschiedenes Fortschreiten auf der Bahn des Imperialismus bedeutet, die seit etwa einem Jahrzehnt die große atlantische Republik betreten hat, liegt von vornherein auf der Hand. Der Eindruck, dass eine internationale Großmachtspolitik ganz andere Anwendungen für Heer und Flotte erfordert, als die Regierung in Washington und die Gouvernements der Bundesstaaten seither für ausreichend erachteten, hat sich auch Mac Kinley nicht zu entziehen vermocht; aber dieser war doch von Haus aus und in seiner Linie Wirtschaftspolitischer, und seine Bedeutung und Popularität wurzelten in der Hoffnung in seiner rücksichtslosen Durchführung des nationalen Schutzzollsystems, während sein Nachfolger sich bisher ausschließlich auf militärischem und politischem Gebiete beschäftigt hat. Weit mehr noch scheint sich daher in Roosevelt die große Umwandlung der Republik des Sternenbanners in eine imperialistische Weltmacht zu verlorenen.

Schon die ganze seiner jetzigen Präsidentschaft vorausgegangene Entwicklung Roosevelt's lässt erwarten, dass mit seinem Eintritt in das Weiße Haus in Washington in noch stärkerem Maße als vorher der politische Machtgedanke und damit zugleich das militärische Element an's Ruder gekommen, und das dies ein weiteres entschiedenes Fortschreiten auf der Bahn des Imperialismus bedeutet, die seit etwa einem Jahrzehnt die große atlantische Republik betreten hat, liegt von vornherein auf der Hand. Der Eindruck, dass eine internationale Großmachtspolitik ganz andere Anwendungen für Heer und Flotte erfordert, als die Regierung in Washington und die Gouvernements der Bundesstaaten seither für ausreichend erachteten, hat sich auch Mac Kinley nicht zu entziehen vermocht; aber dieser war doch von Haus aus und in seiner Linie Wirtschaftspolitischer, und seine Bedeutung und Popularität wurzelten in der Hoffnung in seiner rücksichtslosen Durchführung des nationalen Schutzzollsystems, während sein Nachfolger sich bisher ausschließlich auf militärischem und politischem Gebiete beschäftigt hat. Weit mehr noch scheint sich daher in Roosevelt die große Umwandlung der Republik des Sternenbanners in eine imperialistische Weltmacht zu verlorenen.

Schon die ganze seiner jetzigen Präsidentschaft vorausgegangene Entwicklung Roosevelt's lässt erwarten, dass mit seinem Eintritt in das Weiße Haus in Washington in noch stärkerem Maße als vorher der politische Machtgedanke und damit zugleich das militärische Element an's Ruder gekommen, und das dies ein weiteres entschiedenes Fortschreiten auf der Bahn des Imperialismus bedeutet, die seit etwa einem Jahrzehnt die große atlantische Republik betreten hat, liegt von vornherein auf der Hand. Der Eindruck, dass eine internationale Großmachtspolitik ganz andere Anwendungen für Heer und Flotte erfordert, als die Regierung in Washington und die Gouvernements der Bundesstaaten seither für ausreichend erachteten, hat sich auch Mac Kinley nicht zu entziehen vermocht; aber dieser war doch von Haus aus und in seiner Linie Wirtschaftspolitischer, und seine Bedeutung und Popularität wurzelten in der Hoffnung in seiner rücksichtslosen Durchführung des nationalen Schutzzollsystems, während sein Nachfolger sich bisher ausschließlich auf militärischem und politischem Gebiete beschäftigt hat. Weit mehr noch scheint sich daher in Roosevelt die große Umwandlung der Republik des Sternenbanners in eine imperialistische Weltmacht zu verlorenen.

Eine solche Vorgeschichte der Präsidentschaft Roosevelt's lädt es nicht bloss begreiflich sondern ganz natürlich erscheinen, dass er jetzt seine Aufmerksamkeit vornehmlich auf die Verstärkung der nationalen Wehrkraft, deren Bedeutung er zu schätzen weiß, richtet. Es klingt daher durchaus glaubhaft, wenn ein englisches Blatt meldet, der neue Präsident strebe darnach, die Vereinigten Staaten zur See stärker zu machen, als von England abgelehnt, irgend eine europäische Großmacht, und er sei bereits eifrig thätig, um beim Kongress die Bewilligung beträchtlicher Mittel für diesen Zweck in der nächsten Tagung durchzuführen. Es ist überdies eine selbstverständliche Forderung, dass die militärische Organisation, die zur Zeit noch verhältnismässig große Schwächen aufweist, sehr erheblich gefordert und vervollkommenet werden muss, wenn eine imperialistische Politik erfolgreich fortgeführt werden soll. Wenn die Union eine Weltmacht darstellen will, die überall da, wo die großen politischen und wirtschaftlichen Interessen zwischen den Mächten des Erdalls in Frage gestellt sind, ein entscheidendes Wort mitwirken soll, dann muss vor Allem der militärische und maritime Machtfaktor in einer der Weltmachtspolitik entsprechenden Stärke ausgebildet sein. Mit dem weit entwickelten Machtbewusstsein der nordamerikanischen Imperialisten muss die Vermeidung der Mittel, um dieses Bewusstsein auch eventuell zur Geltung bringen zu können, gleichen Schritt halten. Der Wille zur Macht erfordert mit Nothwendigkeit, wenn er sich nicht im entscheidenden Augenblick als Ohnmacht offenbaren soll, eine achtunggebietende Wehrkraft zu Wasser und zu Lande, welche die militärische Ultimotivität verfügt. Die Diplomaten im Weißen Hause müssen, wenn sie bei den großen internationalen Problemen der Zukunft ihre Aktionen mit Nachdruck durchführen wollen, jederzeit in der Lage sein, starke reale Machtmittel in die Waagschale werfen zu können.

Berlin (Priv.-Tel.) Zu der Mitteilung der „Stell.-Btg.“, dass in der Frage des Doppeltariffs ein Kompromiss angeblich vereinbart wurde, bemerkte die „Dtsch. Presse“: Sollte man wirklich auf diesen eigenartigen Gedanken kommen, so würde damit nichts gewonnen sein, da weder die Gegenseite des Doppeltariffs noch wir uns auf einen Kompromiss einzulassen geneigt sein würden.

Berlin (Priv.-Tel.) Die diefer Tage wegen Herbeiführung einer Interessengemeinschaft zwischen Südwürttemberg und der Allgemeinen Elektroindustrie e. G. geführten Verhandlungen haben zu einer Vereinigung über die Rüpflichten einer solchen Gemeinschaft geführt. Diese soll in einer Gewerbevereinigung (GewoV) gießen, wobei jeder der beiden Parteien die Verwendung des ihr zugeschlagenen Gewinnes frei bleibt. Die Ausführung ist einer Kommission übertragen worden und in der zweiten Hälfte dieses Monats soll eine neue Konferenz in der Sache stattfinden. — Da der letzten Generalversammlung der Allgemeinen Elektroindustrie Gründungsmitglied und Vorstandsvorsteher war, die Herauslösung des Grundkapitals von 4 Millionen auf 200 000 Mk. beschlossen worden. Gegen diesen Beschluss hatte der Bankier Lindner die Abstimmung abgetragen. Heute stand Termin in der Sache an; es wurde beschlossen, von dem Kläger zunächst eine Sicherheitsleistung von 10 000 Mk. einzufordern. Die weitere Verhandlung wurde vertagt.

Leipzig (Priv.-Tel.) Bei dem „Leipziger Tageblatt“ authentisch erhärtet, bestätigt es sich, dass das Landgericht in Leipzig die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen die Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates der Leipziger Volksbank e. G. beschlossen hat. Einigentlich des Direktors kommen 5 Angeklagte in Betracht. Die Anklage lautet auf Verabreden gegen § 311 des Handelsgerichtsbusches (neue Fassung) in Verbindung mit § 47 des Strafgesetzbuches.

Dortmund (Priv.-Tel.) Heute wurden 147 Käufe des Gewerkschaft Brünings versteigert. Käufer hatten sich nicht eingefunden. Die Gewerkschaft kauft sämtliche Käufe zu 30 Pf. bis 2,50 Mk.; in früheren Jahren wurden über 3000 Pf. pro Stück gezaubt.

Hanau (Priv.-Tel.) Theaterdirektor Große-Wachsenburg wurde als Leiche aus dem Main gezogen; er hatte Selbstmord begangen.

Breslau (Priv.-Tel.) Der Oberstabsleutnant Rohr verstand in der ersten Oktoberhälfte 77 075 Waggons gegen 75 557 im Vorjahr, befördert wurden täglich 320 gegen 312 Wagen. Die Rohrbauanstalt nach Österreich, Russland und Rumänien hat erheblich zugewonnen.

Stalldöppling (Priv.-Tel.) Die Stalldöppling verlor die Polizeilegeranten Hartmann, welcher einen unzulässig inkohärteten Ortsbeamten durch Stolztrieb zum Selbstmord bringt wollte, wegen Körperverletzung im Amt zu 1 Jahr Zuchthaus.

Wien. Abgeordnetenhaus. Das Exposit des Finanzministers legt dar, dass der diesmalige Staatsvoranschlag noch mit einem allerdings nur geringen Überschuss abschliesst, obwohl die wirtschaftlichen Verhältnisse naturgemäss auch die Staatsfinanzen ungünstig beeinflussen mügten. Der Überschuss von 1900, 49 Millionen Kronen, kommt nur mit einem Betrag von etwa unter 30 Millionen als wirklicher Gebrauchsüberschuss in Betracht kommen. Die Gebrauchsüberschüsse des laufenden Jahres liegen dank des vorstichtigen Haushaltssgewerbs gewährt, dass die Staatszinsnahmen den Voranschlag erreichen und hoffentlich etwas übertragen werden. Trotz des ansteigenden vorherrschenden wirtschaftlichen Niederganges zeigt das Wirtschaftsleben Österreichs, das sich in beiderlei Grenzen halte und auf soliden Grundlage, ein vollkommen erfreuliches Bild. Den wichtigsten Gleichpunkt bilden die durch das Zusammenwirken der Regierung und des Parlaments eingeleitete Investitionspolitik, die in der nachhaltigen Steigerung des Ertrags für die Entwicklung der Staatsschuld um etwa 8 Mill. Kr. und in dem Erfordernis für die Vorbereitung der Wasserstraßen Ausdruck findet. Der Minister beleuchtet dann eingehend die einzelnen Budgetposten und verweist darauf, dass die Einnahmen der Eisenbahnen gegenwärtig nicht nüchtern seien. Während aber die meisten Privatbahnen einen positiven Rückgang der Betriebserlösen aufweisen, zeigen die Staatsbahnen immer noch einen allerdings sehr bescheidenen Überschuss; deshalb musste der Voranschlag entsprechend niedriger eingestellt werden (um 3½ Mill. Kr.). Der Finanzminister an den Erträgen der Kaiser-Ferdinand-Nordbahn für das nächste Jahr bei unsicher, und auch eine Theilzahlung der Südbahn sei im Budget nicht vorbereitet, weil einige Jahresraten vorunabschätzbar seien. Auf die Errichtung zur Ausgabe von Tilgungsschulden habe die Finanzverwaltung nicht verzichten können, da sie mit ungewöhnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen habe.

Wien (Priv.-Tel.) Der Zechensturz beobachtet im Reichsrat die Vertätilung der Staatsbahn und der Nord-Westbahn zu beantragen. Die Regierung ist derzeit durchaus gegen jede Vertätilung. Niem. (Priv.-Tel.) Die „Tracassa“ demonstriert die von der Tribune“ gebrachte Nachricht, dass die Königin von Italien einem freudigen Familiereunion entgegengehe.

Madrid. In Sevilla herrscht Ruhe. Die Volksleiter der Arbeitervereinigung sind geschlossen worden. Anarchisten werden energisch verfolgt. Die Hauptarbeitslöhne der letzten Monate wurden verbatet. Die Mehrzahl der Arbeiter hat die Arbeit wieder aufgenommen.

Venedig (Priv.-Tel.) Eine Tepeiche aus Vourenço-Mangues meldet, dass die Commandos Botha's, Delaren's und Kemp's der Einschiffung der britischen Truppen entzogen seien. Botha zog sich nach Vodderstrom zurück, wo er eine befehlige Stellung inne hat.

Sofia (Priv.-Tel.) Der Fall der amerikanischen Missionarin Miss Stone ist in eine neue Phase getreten, nachdem der dort interventiende amerikanische Generalkonsul Dickinson festgestellt hatte, dass die Königsverwaltung das Belügen des früheren makedonischen Komites tel. Dickinson forderte die bulgarische Regierung auf, sofort die Ankläger verhören zu lassen, und verweigerte entsprechend die Auszahlung des Lösegeldes. Inzwischen wurden bereits mehrere einsichtige Macedonier verhaftet.

New York. Dem „New-York Herald“ wird aus Golon gemeldet, dass Organ der Regierung „Gazeta de Panama“ veröffentlicht einen Beschluss des Gerichts in Panama, nach welchem das in Panama befindliche Gebäude der Panamakanal-Gesellschaft mit Beschlag belegt wird, um die Zahlung von 30 000 Dollars zu erzwingen, die die Kanalgesellschaft einem

## Neueste Drahtmeldungen vom 17. Oktober.

Märkte eingehende Tepeichen befinden sich Seite 4.)

Berlin (Priv.-Tel.) Der Kaiser hat verfügt, dass das Gesetz betreffend Versorgung der Kriegsinvaliden und der Kriegshinterbliebenen vom 31. Mai 1901 auf den Landesbeamten, welche im Dienste des Schuhgebietes Glazien zur Zeit der gegen China gerichteten Expedition in Ostasien verwendet worden sind, bestimmungsgemäss Anwendung finde. — Die Denkmäler des Kaisers und der Kaiserin Friederich vor dem Brandenburger Thor in Berlin werden gemeinsam am 18. Oktober 1902 dem Geburtstage des Kaisers Friederich entbühlt. — Der Preuer „Folke“ unter dem Kommando des Korvettenfahrs Münchhausen ist nach dem mittelamerikanischen Kriegsschauplatz abgegangen, um den dort stationierten Kreuzer „Bineta“ bei Wahrnehmung des Schutzes der deutschen Interessen zu unterstützen. — Über die bisherige Verhandlung der Bundesstaatsansprüche über den neuen Doppelzoll wird mitgetheilt, dass die Vorlage bisher nur in ganz nebenständlichen Punkten anerkannt worden ist. — Nach der „Schles. Ag.“ werden die Konservativen im Reichstag eingeschult, die Regierung aufzufordern, die Handelsverträge noch vor Ablauf dieses Jahres zu kündigen. — Im südlichen Theile Deutsch-Ostafrikas waren Unruhen ausgetrieben. Einem Bauern-Motiv war es gelungen, den Volksstamm der Balunde zu Gewaltthärtigkeiten aufzuholzen. Der 3. Kompanie unter Führung des Hauptmanns Johannes ist es gelungen, die Bevölkerung in den ausländigen Gebieten wieder zu beruhigen und Motiv gelangen zu nehmen. — Der bekannte bulgarische Schauspieler Bruno Vollmar ist in gefangen.

Berlin (Priv.-Tel.) Der Bundesrat überwies die Vorlagen betreffend den Gesetzentwurf von Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz über die Schlachtwieh- und Fleischbeschau sowie betreffend den Entwurf eines neuen Vereinbarungsvertrages erleichternd der Vorlesungen für den wechselseitigen Vertrag zwischen den Eisenbahnen Deutschlands und der Schweiz, endlich die Auflösung der 20 Pfennigstücke aus Silber den zuständigen Auschüttungen.

Den Vorlagen betreffend Aenderung der Satzungen der preußischen Hypotheken-Alttierrbank in Berlin, sowie betreffend die Zuladung von Real-Gemisial-Abiturienten zu den örtlichen Prüfungen nach den bisherigen Vorlesungen wurde zugestimmt.